

# Warum streiken jetzt so wichtig ist

EIN MARX21 EXTRA



Foto: ver.di Betriebsgruppe / marx21

**D**ie Gewerkschaft ver.di fordert für den öffentlichen Dienst 10,5 Prozent mehr Lohn, aber mindestens 500 Euro mehr pro Monat.

Diese Forderung mag hoch erscheinen, doch sie sind mehr als berechtigt. Denn auch die Inflation in Deutschland bleibt hoch. Im Januar und Februar betrug sie 8,7 Prozent. Sie liegen damit fast ein Prozent über der von 2022 (7,9 Prozent). In den letzten drei Jahren lagen die offiziellen Vorhersagen stets viel zu niedrig. Für 2022 lag die Prognose bei einer Rate von plus 2,5 bis 3,3 Prozent. Da die Prognosen in die Lohnforderungen der Gewerkschaften eingingen, lagen die Forderungen der Gewerkschaften viel zu niedrig mit dem Resultat, dass die Reallöhne im letzten Jahr um 4,1 Prozent gesunken sind.

Das darf sich nicht wiederholen. Selbst wenn die Vorhersage der Bundesregierung von 6,0 Prozent Inflation für 2023 zutrifft, bedeutet das: Auf die sehr hohen Preise von 2022 kommen dieses Jahr nochmal 6 Prozent drauf. Die Preise für Strom und Gas sind letztes Jahr sogar um 33 Prozent gestiegen. Für Lebensmittel um 20 Prozent, im Februar 2023 sind die Lebensmittelpreise noch stärker gestiegen auf plus 22 Prozent. Und niemand kann uns garantieren, ob das aufhört oder zumindest abnimmt. Gleichzeitig

**Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes kämpfen für höhere Löhne. Warum der Streik und organisierte Solidarität jetzt so wichtig sind. Vom marx21-Netzwerk**

steigen die staatlichen Steuereinnahmen für Bund und Länder infolge der Inflation kräftig an, da die Mehrwert- oder Umsatzsteuer als wichtigste Steuer eben mit steigenden Preisen ebenfalls ansteigt. Für den Bundeshaushalt wird für 2023 ein Plus von 8 Prozent voraus geschätzt, für die Länder und Kommunen knapp 5 Prozent. Aber auch die großen Konzerne profitieren von einer Profit-Preisspirale mit Rekordausschüttungen für Dividenden und Managergehälter.

Regierung und Konzerne lehnen gute Lohnerhöhungen fast immer mit denselben Behauptungen ab. Wir erklären, warum sie falsch sind.

## **Behauptung 1: Die Kommunen haben kein Geld**

Auch die Steuereinnahmen der Kommunen steigen jedes Jahr. Dass es trotzdem Städte gibt, die kein Geld haben, liegt nicht daran, dass keines da wäre, sondern dass es falsch verteilt wird. Wie viel Steuereinnahmen die Kommunen bekommen, ist kein Schicksal, sondern wird von den Regierungen in Bund und Ländern entschieden. Deren Politiker:innen sind meist aus denselben Parteien wie die Bürgermeister:innen der Städte.

Wenn eine SPD-Bürgermeisterin zu we-

**M**  
MARX21.DE



# EINMAL- ZAHLUNGEN SIND KEIN ERSATZ FÜR EINEN TARIF- GEBUNDENEN TEUERUNGS- AUSGLEICH

nig Geld hat, liegt das an der Steuerpolitik von SPD-Bundeskanzler Olaf Scholz. Und wenn in Bayern die Stadt eines CSU-Bürgermeisters kein Geld hat, sollte er bei Markus Söder nachfragen. Außerdem: wenn 100 Milliarden € für die Aufrüstung da ist, warum nicht für Löhne und Gehälter?

## **Behauptung 2: Die Forderungen von ver.di sind illusorisch**

Die Forderung ist höher als früher. Das liegt an der extrem hohen Inflation und ist deshalb nicht anders möglich. Würde ver.di eine Forderung aufstellen, die unterhalb der Inflationsrate liegt, würden die Tariflöhne ihre Funktion als Garantie eines Existenzminimums verlieren und das schwächt auch die Gewerkschaften als Organisation der lohnabhängigen Klassen. Die Arbeiterklasse hat die Inflation nicht verursacht, sie hat keine andere Wahl, sie muss jetzt mindestens den Teuerungsausgleich für das letzte, "verlorene" Jahr und für das kommende erkämpfen, wenn sich Armutslöhne nicht noch weiter ausbreiten sollen.

In Ländern mit noch höherer Inflation steigen auch die Löhne entsprechend. In Argentinien erreichte die Gewerkschaft im Gesundheitswesen, auch mit Streiks, für 2023 eine Lohnerhöhung von 96 Prozent.

## **Behauptung 3: Höhere Löhne nützen nichts gegen Personalmangel**

Höhere Löhne allein nicht, aber sie haben einen entscheidenden Anteil daran, ob

Beschäftigte sich wertgeschätzt fühlen. Immer wieder verlassen Kolleg:innen den öffentlichen Dienst, weil sie woanders mehr verdienen.

In Städten mit sehr hohen Mieten sind gute Löhne ein entscheidender Faktor dafür, ob sich jemand auf eine Stelle bewirbt. Wenn die Arbeitgeber darüber jammern, dass sie keine Bewerber:innen haben, sind die Lohnforderungen von ver.di die beste Hilfe.

## **Behauptung 4: Wenn die Löhne steigen, werden Standorte oder Kliniken geschlossen**

Das ist falsch, weil die Standorte des öffentlichen Dienstes keine Geschenke an uns sind, die sie uns jederzeit wegnehmen können. Der Staat braucht seine Beschäftigten, um das Land zu verwalten und bei guter Gesundheit arbeitsfähig zu halten.

Keine Stadt mit mehr als 100.000 Einwohnern funktioniert ohne mehrere Krankenhäuser. Kein Dorf ohne Müllabfuhr, keine Gemeinde ohne Standesamt.

Es gibt viele Gründe, warum Staat und Wirtschaft manchmal bestimmte Standorte schließen. Die Höhe der Löhne der Beschäftigten sind in der Regel keiner. Zumal die Löhne bei einem Flächentarifvertrag an allen Standorten gleich sind.

## **Behauptung 5: Das Angebot der Arbeitgeber ist gut**

Die Arbeitgeber bieten bisher 3 Prozent Lohnerhöhung in diesem und 2 Prozent im nächsten Jahr, dazu eine Einmalzah-

lung von 2500 Euro. Das mag nach viel klingen, ist aber auf 24 Monate verteilt und daher nur etwa 100 Euro mehr pro Monat. Noch schlechter ist, dass dieses 2500-Euro-Angebot keine sogenannte „Tabellenwirksamkeit“ hat.

Das bedeutet, die Lohnerhöhung des nächsten Tarifvertrags wird wieder vom jetzigen Lohn aus berechnet und ver.di müsste eine noch höhere Forderung stellen, um die immer weiter steigenden Preise auszugleichen. Es ist ein Scheinangebot, das nur dazu dient, dauerhaft wirksame Lohnerhöhungen zu verhindern. Deshalb gilt: Einmalzahlungen sind kein Ersatz für einen tarifgebundenen Teuerungsausgleich.

## **Behauptung 6: Wir brauchen das Geld für die deutsche Armee und Waffenlieferungen an die Ukraine**

Weltweite Aufrüstung hat niemals zu Frieden geführt, sondern schon zweimal zu einem Weltkrieg. Auch der Kalte Krieg zwischen den USA und der Sowjetunion stand mehrere Male am Rande eines Atomkriegs mit wahrscheinlich dutzenden Millionen Toten. Es ist Wahnsinn, jetzt die deutsche Armee wieder zur Weltmacht hochzurüsten.

Auch die Waffenlieferungen an die Ukraine haben seit einem Jahr keinen Frieden gebracht. Stattdessen wurden in diesem Krieg bereits 300.000 Menschen ermordet. Die russische Regierung hat den Krieg begonnen. Doch die Ukraine wird nicht befreit durch einen jahrelangen Krieg mit hunderten Tausenden Toten. Wie kann eine Ukrainerin frei sein, wenn ihr Sohn oder ihre Tochter ermordet wurde?

In der Weltgeschichte wurden Kriege nicht mit Waffenlieferungen, sondern mit Waffenstillstand und Friedensverträgen beendet, denen häufig Massenstreiks und Soldatenmeutereien vorausgingen. Es ist nicht wahr, dass man mit einem Diktator wie Wladimir Putin nicht verhandeln könne. Deutsche und andere Regierungen verhandeln seit Jahrzehnten mit China, Iran, Saudi-Arabien und während des Krieges in Afghanistan sogar mit den Taliban; teilweise mit Erfolg.

Doch selbst wenn der Krieg beendet würde, bleiben die Aufrüstungspläne der deutschen Regierung eine große Gefahr für die Löhne im öffentlichen Dienst. Verteidigungsminister Boris Pistorius will die Ausgaben für die Armee auf mindestens 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts anheben. Doch das bedeutet eine Erhöhung um mindestens 25 Milliarden Euro pro Jahr.

Um eine so große Summe zu erhalten, hat die Regierung kaum eine Möglichkeit als starke Kürzungen im öffentlichen Dienst. Unser Kampf um höhere Löhne ist zwingend auch ein Kampf gegen die Aufrüstung der Armee. Weil Krieg 1) das Steuergeld vernichtet, das wir brauchen und 2) keine Menschen rettet, sondern tötet. ■

STREIK IN DEUTSCHLAND

# Alle Räder stehen still

KOMMENTAR VON MARX21

**In Deutschland könnte sich eine Streikwelle entwickeln, wie es die Republik lange nicht erlebt hat. Doch dafür ist es wichtig, dass alle bei den Streiks mitmachen und es braucht unbefristete Erzwingungsstreiks**

**D**ie Forderungen der Kolleg:innen und ihrer Gewerkschaft sind berechtigt. Doch das heißt nicht, dass die Regierung sie anerkennen wird. Im Gegenteil macht sie besonders schlechte Angebote für die Beschäftigten.

Die hohe Inflation hat dazu geführt, dass beide Seiten so weit auseinanderliegen wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Ein solch harter Konflikt kann nicht mit einer guten Tasse Tee, verständnisvollem Nicken oder guter Verhandlungstaktik überwunden werden.

Wir brauchen Druck auf der Straße, in den Behörden und Betrieben. Und das können nur die Beschäftigten machen, und zwar mit Streiks. Das mag einige verwundern, denn die deutschen Gewerkschaften haben eine jahrzehntelange Tradition der Zusammenarbeit mit Regierung und Wirtschaft. Doch diese Strategie ist spätestens jetzt zum Scheitern verurteilt.

Der vorschnelle Abschluss durch die Gewerkschaftsführung bei der Post zeigt, dass die Logik der Sozialpartnerschaft immer noch fest verankert ist. Durch diese Politik werden Beschäftigte in ihrem gewerkschaftlichen und politischen Kampf gegen das Kapital letztendlich entwaffnet. Beschäftigte können sich nicht auf die Führung verlassen, sondern müssen für ihre Interesse selbstständig eintreten und sich im Rahmen der gewerkschaftlichen Organisation und der jetzt laufenden Streiks vernetzen.

Der öffentliche Dienst ist in Deutschland das zentrale Werkzeug, um die Gesellschaft zu verwalten. Er ermöglicht Gesundheitsversorgung, Kinderbetreuung, Mobilität und vieles mehr. Ohne die Beschäftigten läuft gar nichts. Werden Flughäfen und Krankenhäuser, Behörden, Binnenhäfen, Schleusen und Müllabfuhr nicht nur mit Nadelstichen bestreikt, kommt die Gesell-



Foto: ver.di Betriebsgruppe / marx21

schaft zum Stillstand. „Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will“, gilt in einer globalisierten Welt heute noch mehr als vor 100 Jahren. Unbefristete Erzwingungsstreiks, die die Macht der Kolleg:innen strategisch ausspielen, können jetzt die so dringend benötigte Lohnerhöhung durchsetzen, welche die Arbeitgeber und Bosse uns verwehren wollen.

Dass dies nötig ist und wir uns nicht alle zusammensetzen und besprechen können, was vernünftig ist, liegt an der Organisationsweise unserer Wirtschaft und Gesellschaft: dem Kapitalismus. Er führt dazu, dass einige hundert Konzerne, ihre Eigentümer, Vorstände und Regierungen ihrer Herkunftsländer von Jahr zu Jahr immer reicher und mächtiger werden. Auch die Deutsche Post war bis 1995 Teil des öffentlichen Dienstes und diente der

Grundversorgung der Bevölkerung. Heute ist sie eine milliardenschwere Aktiengesellschaft und gehört Banken und Investment-Gesellschaften aus der ganzen Welt. Der Kapitalismus ist ein Wirtschaftssystem, in dem wenige große Unternehmen jedes Jahr dutzende Milliarden Euro verdienen. Während der Lohn von Menschen, die durchschnittlich oder wenig verdienen, immer mehr von der Inflation aufgefressen wird.

Doch seit Konzerne die Welt beherrschen, gibt es auch eine gesellschaftliche Kraft, die ihre Macht beschneiden kann: die Beschäftigten dieser Konzerne und des Staates.

Ein unbefristeter Streik lässt die Gesellschaft zum Stillstand kommen und kostet ein großes Unternehmen Millionen Euro pro Tag.

Dieses Druckmittel hat immer wieder dazu geführt, dass neben den Interessen der Wirtschaft auch die der Menschen berücksichtigt werden. In Geschichts-Dokus wird meist nur von Bundeskanzlern, Präsidenten und Königen erzählt. Doch in Wirklichkeit gibt es auch eine Geschichte von unten; eine Geschichte von Millionen Menschen, die erfolgreich gemeinsam für eine solidarische Gesellschaft gekämpft haben.

Im 19. Jahrhundert wurde in Fabriken pro Woche 80 Stunden und mehr gearbeitet. Heute sind es 40 oder weniger. Mit der Novemberrevolution 1918 wurde nicht „nur“ der Erste Weltkrieg beendet, der Kaiser gestürzt und die erste deutsche Demokratie eingeführt. Sondern auch der 8-Stunden-Tag per Gesetz festgeschrieben.

Damit alle Beschäftigten bei Krankheit weiter Lohn bekommen, organisierte die IG Metall 1956 in ihrer Hochburg Schleswig-Holstein einen 16-wöchigen Streik. Nachdem dieser erfolgreich war, führte die Regierung die Lohnfortzahlung 1957 in ganz Westdeutschland ein, um weitere Streiks zu vermeiden.

Und auch heute führen die Beschäftigten große Kämpfe. 2021 haben die Kolleginnen von zehn Berliner Krankenhäusern einen Monat gestreikt und einen starken Tarifvertrag gegen den Personalmangel in der Pflege erkämpft.

Die Tarifrunde im öffentlichen Dienst kann eine ganz andere Zeitenwende herbeiführen. Eine Zeit, in der die Beschäftigten nicht mehr hilflos zusehen, wie die Inflation Lohn und Ersparnisse auffrisst, sondern erfolgreich dafür streiken, dass der Staat das ausgleichen müssen. Haben wir in diesem Bereich Erfolg, werden auch andere Teile der Wirtschaft nachziehen müssen, zum Beispiel in der Industrie.

Wer 2023 streikt, streikt für sich und seine Familie, aber auch für alle Beschäftigten in Deutschland. Und deshalb ist es jetzt so wichtig, dass alle bei den Streiks mitmachen. ■

Dies ist eine Vorabveröffentlichung aus dem neuen marx21 Magazin. Es erscheint Mitte April 2023



Marxismus und Gewerkschaften | 338 Seiten | EUR 9,50 | ISBN 978-3-934536-48-7



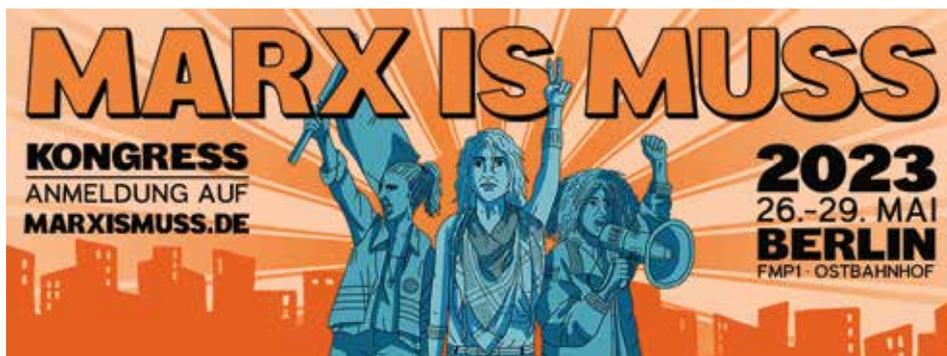
Der Krieg um die Ukraine – Imperialismus und der Kampf für Frieden | marx21 Pocket Edition / Heft 71 | von marx21 Redaktion (Hrsg.) | 170 Seiten, 9,50 Euro | ISSN 1865-2557



A Rebel's Guide: Wer war Rosa Luxemburg? | von Sally Campbell | 86 Seiten | EUR 6,50 | ISBN 978-3-947240-22-7

# shop.marx21.de

oder bestellung an: marx21 | Edition Aurora, Postfach 44 03 46, 12003 Berlin  
service@marx21.de



## Lesetipps

Mächtig und radikal. Inspirationen zur Gewerkschaftsbewegung.



**Politischer Streik in Deutschland – Von der Werft ins Krankenhaus**



**Berliner Krankenhausbewegung: So haben wir gewonnen**



**Wilder Streik bei Pierburg: Freudentänze mit Facharbeitern**